

*Steffen Bender, Matthias Bianchi, Karina Hohl, Andreas Jüschke, Jan Schoofs,  
Susanne Steitz & Jan Treibel*

## **Die Policy-Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013. Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI)<sup>1</sup>**

Der Journalist Heribert Prantl hat in seinem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 19. August 2013 den Bundestagswahlkampf als „große Flaute“ bezeichnet: „Es fehlt der Kontrast, es fehlt die Alternative, es fehlt der Streit“ (Prantl 2013). Sein Urteil spiegelt die veröffentlichte Meinung treffend wider (Schoofs/Treibel 2014): Nicht nur hätten die Parteien im Wahlkampf aus strategischen Kalkülen auf eine allzu große Polarisierung verzichtet, ihre Programmatik unterscheide sich außerdem kaum – zumindest nicht bei den wirklich „wichtigen“ Themen. In dieser Hinsicht wird häufig eine Parallele zum Bundestagswahlkampf 2009 gezogen, der ebenfalls als inhaltsleer und wenig kontrovers beurteilt wurde (Korte 2010: 10). Tatsächlich wiesen Wahlprogrammanalysen bei der Bundestagswahl 2009 aber durchaus programmatische Differenzen zwischen den Bundestagsparteien nach (Treibel 2010).

Wir werden im Folgenden der Frage nachgehen, ob und inwiefern dieser Befund auch für die Bundestagswahl 2013 zutrifft. Dazu ermitteln wir die ideologisch-programmatischen Positionierungen von Union, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Piraten in einem zweidimensionalen Politikraum. Unsere Analyse stützt sich auf die inhaltliche Untersuchung ihrer Bundestagswahlprogramme mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI).<sup>2</sup> Zunächst stellen wir die methodischen und theoretischen Grundlagen des DWI vor. Sodann widmen wir uns der Detailanalyse. Wir weisen programmatische Differenzen zwischen den Parteien nach, wobei die Grenzen zwischen dem „bürgerlichen“ und dem „linken“ Lager nach wie vor zu erkennen sind. Abschließend fassen wir die Befunde zusammen.

---

<sup>1</sup> Dieser Text ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung unseres Beitrags, der am 11. September 2013 auf Regierungsforschung.de erschienen ist (Bianchi u.a. 2013). Wir danken Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen) für die Bereitstellung seines PolMine-Wahlprogramm-Korpus (Blätte 2013).

<sup>2</sup> Der DWI ist ein kollaboratives Projekt zur inhaltlichen Analyse von Wahlprogrammen und vergleichbaren Dokumenten zum Zwecke der Bestimmung von ideologisch-programmatischen Parteipositionen in mehrdimensionalen Politikräumen. An seiner konzeptionellen Weiterentwicklung sind verschiedene Duisburger Politikwissenschaftler in unterschiedlichen Forschungsformationen beteiligt. Wenngleich seine ursprünglichen Grundlagen bislang unverändert geblieben sind (vgl. Bender u.a. 2010; Bender u.a. 2011a), unterliegt der theoretische und methodische Rahmen des DWI einem stetigen graduellen Wandel. Inzwischen ist er vor allem zur Analyse von Landtagswahlen (z.B. Bender u.a. 2010; Bender u.a. 2011b; Bender u.a. 2012) sowie zur Bundestagswahl 2009 (Treibel 2010) verwendet worden. Im Kontext seines Einsatzes in der universitären Lehre sind zahlreiche Seminar- und Qualifizierungsarbeiten mit gegenstandsbezogenen Variationen des DWI entstanden.

## 1 Duisburger-Wahl-Index: Theoretische und methodische Grundlagen

Daten über die Positionen von Parteien auf ideologisch-programmatischen Politikdimensionen bilden eine unverzichtbare empirische Grundlage für die Beantwortung vielfältiger politikwissenschaftlicher Fragestellungen. Zu ihrer Ermittlung können Forschende auf ein ausdifferenziertes Instrumentarium zurückgreifen (vgl. hierzu die Überblicke bei Benoit/Laver 2006: 56-77 sowie Debus 2009: 286-294). Neben Expertenbefragungen (Castles/Mair 1984; Huber/Inglehart 1995) haben sich insbesondere inhaltsanalytische Verfahren etabliert. Als „empirische Methode[n] zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Früh 2007: 27) verlassen sie sich nicht auf das „accumulated wisdom of country specialists“ (Benoit/Laver 2006: 76). Stattdessen greifen sie zur Positionsbestimmung von Parteien auf ihre Wahlprogramme zurück, die aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften besonders für diesen Zweck geeignet sind:

„For most political parties, ideologies and ideas are embodied in party platforms, manifestoes, and programs. These official party statements contain some mix of ideological statements, abstract principles, broad goals, and specific policy proposals. Party manifestoes provide scholars with an indication of both abstract party ideologies, and narrower, concrete policy proposals to implement that ideology. (...). Manifestoes generally stress the importance of various policy areas, and sometimes also contain promises (...) about policies that the party will pursue if granted the reins of power. The promises are concrete representations of the broader ideological principles that the parties have staked out“ (Vassallo/Wilcox 2009: 415-416).

Wahlprogramme sind darüber hinaus für lange Zeiträume verfügbar und lassen sich retropektiv auswerten. Sie werden von nahezu allen Parteien in den westlichen Demokratien regelmäßig vor Wahlen verabschiedet und erlauben so länderübergreifende Vergleiche (Volgens 2001: 34; Debus 2009: 289).

Breite Verwendung haben vor allem die Daten des *Comparative Manifestos Project* (CMP; Budge u.a. 2001) gefunden. Das dem CMP zugrunde liegende Analyseverfahren lässt sich im Wesentlichen als „intelligent reading“ (Debus 2009: 291) beschreiben: Codierer zerlegen die Sätze eines Wahlprogramms ihrem Sinngehalt entsprechend in Teilsätze. Jeder dieser sogenannten „Quasi-Sätze“ wird jeweils einer von insgesamt 56 vordefinierten Kategorien (z.B. *Europäische Union positiv*, *Europäische Union negativ*, *Frieden positiv*) zugeordnet. Der CMP-Datensatz gibt insofern Auskunft über die prozentuale Verteilung der Quasi-Sätze auf die einzelnen Kategorien des bestehenden Kategoriensystems. So sind Aussagen über (1) die relative Bedeutung, die eine Partei einem Themenbereich in ihrem Wahlprogramm zumisst, sowie (2) dessen positive oder negative normative Bewertung möglich. Zur Bestimmung einer Parteiposition können die Kategorien miteinander verrechnet werden. *Wörterbuchverfahren* (Laver/Garry 2000) nutzen hingegen Schlagwortlisten mit vorab festgelegten Begriffen, deren Auftreten in einem Wahlprogramm Hinweise über die ideologisch-

programmatische Orientierung einer Partei liefern. In der Regel werden die Wortfrequenzen computergestützt ermittelt. Sowohl das CMP wie auch die Wörterbuchverfahren basieren auf einer interpretativen Codierung, die der Forschende hinsichtlich seines Erkenntnisinteresses variieren kann. Eine Kehrseite dieser überwiegend manuellen Verfahren ist zum einen der sehr hohe Arbeitsaufwand. Zum anderen ist die Reliabilität der Messung angesichts potenziell uneinheitlicher Codierungen durch dieselbe Person (Intracodierreliabilität) und uneinheitlicher Codierungen durch verschiedene Codierende (Intercodierreliabilität) prekär (Atteslander 2006: 192). *Wordscore* (Laver/Benoit/Garry 2003) und *Wordfish* (Slapin/Proksch 2008) versuchen diese Schwächen aufzuheben, indem sie Wörter als reine Daten betrachten und vollautomatisch arbeiten: „The basic idea (...) is to compare the frequency distribution of words from different texts and to conclude a specific policy-area position of a text on the basis of the differences in the share of used words inside the set of analysed political documents” (Debus 2009: 292). Der Nachteil dieser „sprachblinden” Methoden ist die Datenferne, die einer verstehenden Interpretation der Daten im Wege steht.

Eine jüngere Alternative zu diesen Instrumenten ist der *Duisburger-Wahl-Index* (DWI). Als qualitativ orientiertes Verfahren der Inhaltsanalyse greift der DWI ebenfalls auf Wahlprogramme<sup>3</sup> zurück, um die Politikpositionen von Parteien auf einzelnen Konfliktdimensionen – klassischerweise in einem zweidimensionalen Politikraum mit einer sozio-ökonomischen und einer sozio-kulturellen Konfliktlinie – zu ermitteln. Der DWI ermöglicht datennahe Analysen bei überschaubarem Forschungsaufwand. Sein Herzstück ist ein differenzierter Codierplan (vgl. Anhang). Dieser fasst eine variable Anzahl verschiedener Issues zusammen, die mit Blick auf das jeweilige Erkenntnisinteresse identifiziert werden.<sup>4</sup> Anders als die bereits vorgestellten Verfahren erschöpft sich eine DWI-Analyse nicht in diffuse Aussagen über die ideologisch-programmatische Position einer Partei im Politikraum, denn diese Positionen können sinnvoll mit Blick auf den Codierplan interpretiert werden.

In Anlehnung an Stokes (1966: 170-176) werden mit *Positions-* und *Valenzissues* zwei Ausprägungen unterschieden, die auf abweichenden Annahmen über die Natur des Parteienwettbewerbs in modernen Demokratien basieren. Positionsissues sind polarisierende Ziele und Maßnahmen, bei denen sich Parteien mit konkurrierenden Positionen zu klar identifizierbaren Streitfragen eindeutig voneinander abgrenzen (z.B. militärische Interventionen). Ihre theoretische Grundlage bildet die *Konkurrenztheorie* (Budge 2001: 85), welche auf Downs’ (1968: 112-114) Modellierung des Parteienwettbewerbs zurückgeht:

„Die klassische Variante (...) unterstellt, dass die Policy-Präferenzen individueller Wähler auf einer Dimension als Idealpunktverteilung dargestellt werden können. Auf dieser Policy-

---

<sup>3</sup> Mithilfe des DWI lassen sich unterschiedliche Arten von Parteiprogrammen wie etwa Grundsatzprogramme (Jüschke 2009; Bender 2010) analysieren. Das Instrument ist auch auf andere Textgrundlagen wie Koalitionsverträge (Treibel 2010; Steitz 2012) oder Plenarreden (Hohl 2011) angewendet worden.

<sup>4</sup> Bisher umfassten die DWI-Analysen zwischen ca. 30 und 60 Issues.

Dimension wählen die Wähler den Kandidaten, der ihrem Idealpunkt am nächsten steht. Unter dieser Annahme und einer angenommenen Verteilung der Idealpunkte optimieren die Kandidaten ihre Position, um Stimmen zu maximieren“ (Pappi/Shikano 2007: 111).

Die – in diesem Sinne „rationalen“ – Parteien bestreiten den Wettbewerb also mit deutlich unterscheidbaren Positionen, um ihren „rationalen“ Wählern unmissverständliche Signale über den potenziellen Nutzen der Stimmabgabe zu ihren Gunsten zu senden.

Valenzissues sind hingegen solche Ziele und Maßnahmen, die im Parteienwettbewerb überwiegend unumstritten sind (z.B. Frieden). Sie basieren auf der *Salienztheorie* (Robertson 1976; Budge 2001: 78-87). Im Gegensatz zur Konkurrenztheorie geht diese von der Prämisse aus, dass „[p]arties do not square up to each other, landing heavy blows on each other's strong points, like a pair of inexperienced pugilists. Instead they duck and weave, avoiding direct hits from their opponents, while seeking an opening for their own blow to a weak spot“ (Budge 2001: 85). Die Wettbewerbsstrategie der Parteien besteht nicht darin, konfrontative Positionen hinsichtlich einzelner Sachverhalte zu beziehen. „Instead their programmes assume there is only one tenable position on each issue and devote their energy to emphasizing the policy arenas in which their credibility on that position is strong enough to pick up votes“ (Budge 2001: 79). Parteien heben in ihren Wahlprogrammen in erster Linie diejenigen Politikbereiche hervor, für die sie eine „issue ownership“ (Petrocik 1996) beanspruchen.<sup>5</sup>

Für die Messung von ideologisch-programmatischen Parteipositionen ergeben sich daraus zwei Ansatzpunkte, die der DWI miteinander kombiniert: Konkurrenztheoretische Modelle legen nahe, die Positionierungen mit einer bipolaren Codierung in Bezug auf umstrittene Sachfragen zu erfassen. An diese Überlegung knüpfen die Positionsissues an. Damit ein Issue als Positionsissue in die Analyse aufgenommen wird, muss insofern eine gegensätzliche Positionierung der Untersuchungseinheiten vorliegen. Umgekehrt folgt aus der Salienztheorie, dass die Standpunkte der Parteien nur selten konfrontativ sind. Valenzissues richten sich auf allgemein akzeptierte Ziele und Lösungen (z.B. Umweltschutz). Sie sollten daher nicht mittels eines „identischen Katalogs von Streitfragen beschrieben werden. Entscheidend ist vielmehr die Aufmerksamkeit, die die Parteien den einzelnen Politikbereichen widmen“ (Arzheimer/Schmitt 2005: 281). Valenzissues werden im DWI anhand der Häufigkeit gemessen, mit der bestimmte a priori festgelegte Begriffe in den Wahlprogrammen vorkommen. Insofern entspricht dieses Vorgehen einem Wörterbuch-Verfahren.

Welche Issues identifiziert werden, hängt vom spezifischen Erkenntnisgewinn einer Untersuchung ab. Insofern ist der DWI ein flexibles Analyseinstrument. Entscheidend ist die theoretisch zu begründende Konzeptionalisierung des Politikraums, die sowohl eindimensional (z.B. als Rechts-Links-Kontinuum wie bei Downs) wie auch mehrdimensional vorgenommen

---

<sup>5</sup> Im Falle grüner Parteien sind dies beispielsweise umweltpolitische Themen.

werden kann. Der DWI legt in seiner Standardvariante einen Politikraum mit zwei Dimensionen zugrunde,<sup>6</sup> der einerseits von einem *sozio-ökonomischen Sozialstaatskonflikt* im Sinne des Gegensatzes von marktliberalen und sozialstaatlichen Orientierungen sowie andererseits von einem *sozio-kulturellen Wertekonflikt* im Sinne des Gegensatzes von modernen und traditionellen Orientierungen gebildet wird (Niedermayer 2013: 124). Theoretisch begründet werden kann diese Strukturierung mit der Cleavage-Theorie. Nach dieser Lesart spiegeln sich in den beiden Dimensionen die von Lipset und Rokkan identifizierten „four critical lines of cleavage“ (1967: 14) als Spannungs- bzw. Konfliktlinien westlicher Gesellschaften wider (Schmitt-Beck 2007). Die beiden Politikdimensionen des DWI können so als Fortsetzung und Erweiterung der historischen Cleavages konzeptualisiert werden. Die sozio-ökonomische Dimension entspricht dem Antagonismus von Arbeit und Kapital (Mielke 2001: 90). Der sozio-kulturelle Konflikt ist als Transformation der Cleavage von Kirche und Staat sowie von Stadt und Land zu verstehen, der sich – ergänzt um den Wertewandel-Cleavage (Inglehart 1977; 1989) – als Gegensatz von Traditionalismus und Modernisierung präsentiert (Mielke 2001: 88). Unter Berücksichtigung der primären argumentativen Rahmung eines Issues im Parteienwettbewerb wird jedes Issue exklusiv einer der Dimensionen zugerechnet. Hierin liegt eine Neuerung gegenüber der ursprünglichen Konzeption des DWI, bei der statt einzelnen Issues ganze Politikfelder mit ihren zugehörigen Kategorien einer Dimension zugeordnet waren (Treibel 2010: 92-93).

Die intervallskalierten Dimensionen des Politikraums erstrecken sich über einen Wertebereich von -1 (mit den Polen *Modernisierung/Sozialstaatlichkeit*) bis +1 (mit den Polen *Traditionalisierung/Marktliberalismus*). Jedem Issue wird im Zuge der Codierung ein numerischer Wert zugewiesen. Bei Positionsissues kann dieser -1, 0 oder +1 betragen, wobei die Werte -1 bzw. +1 die eindeutige Unterstützung oder Ablehnung eines Zieles oder einer Maßnahme signalisieren (z.B. für oder gegen die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen) und der Wert 0 die neutrale bzw. ambivalente Haltung oder den Non-Response abbildet. Valenzissues können demgegenüber alle Werte in einem Bereich von 0 bis -1 oder 0 bis +1 annehmen, die von der Häufigkeit des Auftretens spezifischer vorab festgelegter Begrifflichkeiten abhängig sind (die Partei mit den meisten Nennungen erhält den Wert -1 bzw. +1, die übrigen Parteien je nach Frequenz geringere Werte).<sup>7</sup> Auch in diesem Falle richtet sich die Orientierung im Politikraum nach dem Sinngehalt eines Issues. Indem der Mittelwert aus sämtlichen Issues einer Politikdimension gebildet wird, ergibt sich ein Index. Dieser Index gibt die Positionierung einer Partei auf der jeweiligen Dimension an. Bei der Interpretation der Daten gilt die Regel: Je größer die Distanz zwischen zwei ermittelten Positionen, desto größer ist die ideo-

---

<sup>6</sup> Je nach Erkenntnisinteresse können Politikräume konstruiert werden, deren Dimensionen spezifische Bedeutungen aufweisen (vgl. für eine Anwendung in der Schulpolitik Schoofs 2011).

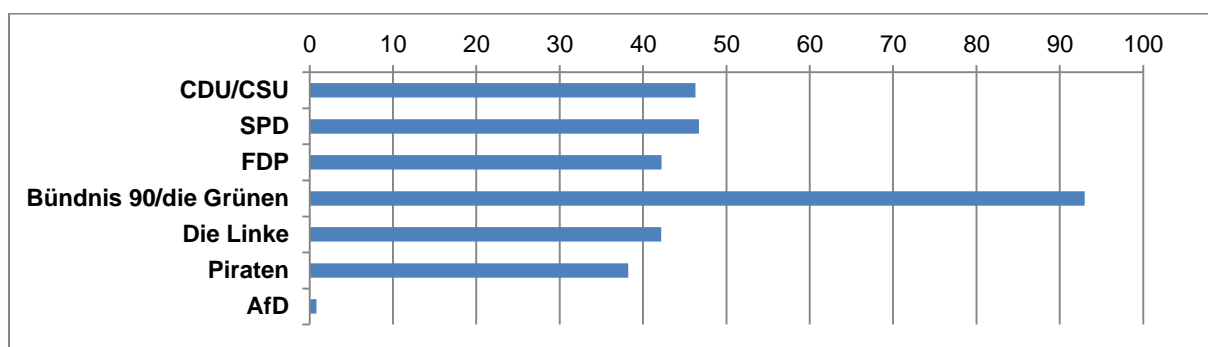
<sup>7</sup> Die Formel lautet:  $\text{Wert}_{\text{Valenzissue}} = \text{relative Häufigkeit}_{\text{Partei max.}} / \text{relative Häufigkeit}_{\text{Partei X.}}$

logisch-programmatische Differenz zwischen den Programmen der untersuchten Parteien. Umgekehrt signalisiert eine geringe Distanz hingegen programmatische Nähe.

Die Methodik stellt spezifische Anforderungen an die Eignung von Wahlprogrammen. Zum einen muss eine „kritische Masse“ an Gesamtwörtern vorhanden sein, damit die Berechnungen der Valenzissues nicht verzerrt werden. Problematisch ist eine große Abweichung eines Programms im Vergleich zu den anderen untersuchten Texten. Als besonders hinderlich hat sich hierbei eine zu geringe Wortanzahl erwiesen. Zum anderen muss eine Partei zu einer ausreichenden Anzahl von Positionsissues eindeutig Stellung beziehen, damit überhaupt eine aussagekräftige Codierung möglich ist.

Während diese Voraussetzungen bei den in der 17. Legislaturperiode im Bundestag vertretenen Parteien erfüllt sind, entzieht sich das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) aus zwei Gründen einer Analyse mit dem DWI: Einerseits hat ihr Wahlprogramm eine (zu) geringe Gesamtwortzahl (vgl. Abbildung 1), andererseits positioniert sie sich insgesamt nur zu wenigen Positionsissues. Ein valider Vergleich ist auf dieser Grundlage nicht möglich, weshalb die AfD nicht in die Auswertung aufgenommen wurde. Ähnlich verhält es sich mit dem Wahlprogramm der Piraten, welches jedoch quantitativ ungefähr den Umfang der etablierten Parteien erreicht: Auch hier mussten mehrere Issues mit dem Wert 0 (neutral bzw. keine Aussage) codiert werden, sodass ein etwas verzerrtes Ergebnis für die Piratenpartei nicht auszuschließen ist. Nichtsdestoweniger konnte das Programm der Piraten aufgrund seines vergleichbaren Umfangs mit in die Gesamtanalyse aufgenommen werden.

**Abbildung 1: Gesamtwortanzahl der Bundestagswahlprogramme (in Tausend)**



Quelle: Eigene Darstellung.

## 2 Ergebnisse: Policy-Positionen bei der Bundestagswahl 2013

Die Wahlprogrammanalyse mit dem DWI zeigt: Das Programmangebot der Parteien zur Bundestagswahl 2013 ist bei weitem nicht so monoton, wie es bisweilen medial suggeriert worden ist. Bei zahlreichen strittigen Issues beziehen die Parteien im Wettbewerb um die Wählerstimmen gegensätzliche Positionen. Im Vergleich mit der DWI-Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2009 (Treibel 2010) fällt gleichwohl auf: Unterschiedliche Policy-Positionierungen, operationalisiert durch Positionsisues, liegen zwar weiterhin vor, allerdings sind diese Konflikte schwieriger zu finden als noch vor vier Jahren. Damals ließen sich im Parteienwettbewerb vor allem mit der Debatte um Atomkraft und Mindestlöhne noch leicht einige fundamentale Streifragen zwischen den Parteien ausmachen. Diese haben sich 2013 weiter ausdifferenziert und sind gerade für den Wähler weniger offensichtlich zu erkennen: Sprachen sich Union und FDP 2009 noch klar gegen den Atomausstieg und gegen Mindestlöhne aus, befürworteten sie mittlerweile die Energiewende und haben mit tariflichen Lohnuntergrenzen eigene Konzepte entwickelt, um Lohndumping zu bekämpfen (s.u.).

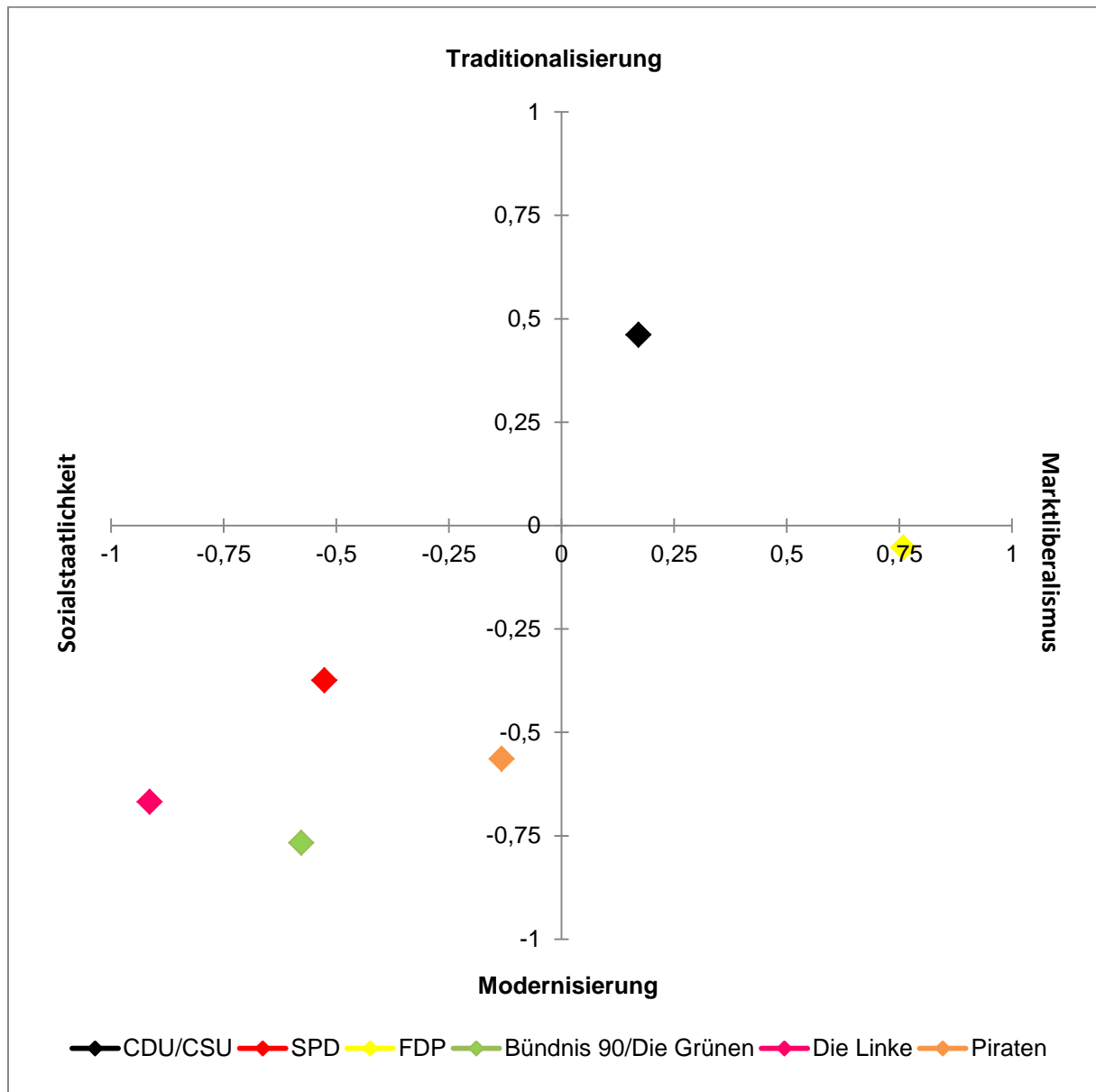
Blickt man auf die Ergebnisse der Analyse für die Bundestagswahl 2013, so lassen sich auf der sozio-ökonomischen Achse des Politikraums 21 Konflikte nachweisen,<sup>8</sup> die überwiegend – aber nicht ausschließlich – zwischen den beiden traditionellen „Lagern“ verlaufen. Die Steuer- und Finanzpolitik erweist sich hierbei als besonders kontroverses Politikfeld: Während SPD, Grüne und Linke für die stärkere steuerliche Belastung von „Gutverdienern“ und „Vermögenden“ plädieren, lehnen Union und FDP die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Vermögensabgabe kategorisch ab. Sozialpolitisch steht der Mindestlohn im Zentrum der Auseinandersetzung. Zwar findet sich dieser – mit unterschiedlichen Bezeichnungen – in allen Wahlprogrammen, allerdings unterscheiden sich die Modelle der Parteien im Detail voneinander: Dem von SPD, Grünen, Linken und Piraten geforderten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn steht eine von den Tarifpartnern branchenspezifisch ausgehandelte Lohnuntergrenze als Konzept von Union und FDP gegenüber. Eine deutlichere Frontstellung zeigt sich in der Gesundheitspolitik, bei welcher die von SPD, Grünen und Linke geforderte Einführung einer Bürgerversicherung die Auseinandersetzung der Parteien dominiert. Union und FDP wollen an der bisherigen dualen Struktur des Versicherungssystems festhalten. Bei der Mietpreisregulierung verläuft der Graben hingegen zwischen der FDP und den anderen Parteien: Union, SPD, Grüne, Linke und Piraten wollen die Mietpreisentwicklung stärker regulieren, die FDP lehnt weitere Eingriffe in den Wohnungsmarkt strikt ab. Auch im Feld der Rentenpolitik stehen die Freien Demokraten allein auf weiter Flur: Eine Mindestrente, wie von allen Parteien prinzipiell gefordert, soll es mit ihnen ebenso wenig geben wie eine Versicherungspflicht für Selbstständige.

---

<sup>8</sup> Im Folgenden werden die Positionen der Parteien zu einer Auswahl zentraler Issues, die im Fokus dieses Wahlkampfes stehen, vorgestellt. Der vollständige Codierplan findet sich im Anhang.

Diese Konflikte spiegeln sich in der Positionierung der Parteien auf der sozio-ökonomischen Achse des Politikraums deutlich wider (vgl. Abbildung 2). Die Linke und die FDP bilden die gegensätzlichen Pole des ideologisch-programmatischen Spektrums ab. SPD, Grüne und Linke liegen inhaltlich nahe beieinander. Gleichwohl sei angemerkt, dass sich ihre jeweiligen Konzeptionen im Detail unterscheiden, so etwa hinsichtlich der Höhe des Mindestlohns (SPD und Grüne fordern 8,50 Euro, Die Linke hingegen 10 Euro). Eine Position zwischen SPD und Union nehmen die Piraten ein. Die Unionsparteien geben sich in ihrem Wahlprogramm zwar insgesamt eher marktliberal, sie liegen aufgrund ihrer Haltung bei einzelnen sozialpolitischen Issues (z.B. Mindestrente und Mietpreisregulierung) gleichwohl zwischen SPD und FDP.

**Abbildung 2: Programmatische Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2013**



Quelle: Eigene Darstellung.



Auch auf der sozio-kulturellen Achse zeigen sich programmatische Differenzen zwischen den Parteien, wenngleich auf dieser Dimension im Vergleich zur sozio-ökonomischen Konfliktlinie lediglich 14 strittige Issues identifiziert werden können. Ein umkämpftes Politikfeld ist hierbei die Familienpolitik: So wollen allein die beiden Unionsparteien eindeutig am Betreuungsgeld festhalten. SPD, Linke und Grüne sprechen sich dezidiert gegen die „Herdprämie“ aus. Die Liberalen positionieren sich in dieser Frage neutral; sie wollen das Betreuungsgeld hinsichtlich seiner Wirkungen jedoch „überprüfen“. Bei der Abschaffung des Ehegattensplittings bilden sich erneut die klassischen Lagergrenzen ab: Während Union und FDP die bisherige Regelung verteidigen, wollen alle anderen Parteien das Splitting abschaffen oder grundlegend reformieren. Am Datenschutz entzündeten sich weitere Kontroversen: Wie auch die Piraten fordern Grüne, FDP und Linke den weitgehenden Verzicht auf die anlasslose Vorratsdatenspeicherung. Sie lehnen außerdem eine Ausweitung der Videoüberwachung öffentlicher Räume ab. Die SPD positioniert sich bei diesen beiden Issues uneindeutig, den Unionsparteien gehen die geltenden Gesetze demgegenüber nicht weit genug. War in den vergangenen Wahlkämpfen auch die Energiepolitik stets besonders umstritten, sind nunmehr alle Parteien für das Gelingen der Energiewende. Gleichwohl skizzieren sie unterschiedliche Wege: Auf Kohlekraftwerke wollen Union und SPD vorerst nicht verzichten. Hingegen plädieren Linke, Grüne und Piraten für einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Das Fracking wollen CDU und CSU sowie FDP unter strengen Auflagen erlauben, die SPD spricht sich für ein Moratorium bis zur Abklärung möglicher Risiken aus, die übrigen Parteien wollen es generell verbieten. In der Integrationspolitik steht die Union fundamental gegen Piraten, FDP, SPD und Grüne – sie lehnt sowohl die doppelte Staatsbürgerschaft wie auch ein allgemeines kommunales Wahlrecht für in Deutschland lebende Ausländer ab.

Dass die Union als einzige Partei deutlich im konservativen Bereich verortet ist, vermag angesichts dessen nicht zu verwundern (vgl. Abbildung 2). So verläuft der sozio-kulturelle Konflikt primär zwischen ihr und den anderen Parteien. CDU und CSU bilden die gegensätzliche programmatische Position zu den Grünen ab. In den Wahlprogrammen zeigt sich eine inhaltliche Nähe der Parteien, die gemeinhin dem „linken“ Lager zugerechnet werden. Auch die Piraten positionieren sich entsprechend.

### **3 Fazit: Und sie unterscheiden sich doch!**

Demokratische Wahlen setzen programmatische Alternativen voraus. Wie die Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI) nachgewiesen hat, warben auch bei dieser Bundestagswahl die Parteien mit unterscheidbaren inhaltlichen Angeboten um die Gunst der Wähler. Wenngleich einige traditionelle Differenzen inzwischen nivelliert zu sein scheinen, lassen sich dennoch weiterhin klare Unterschiede markieren. Besonders in sozio-ökonomischer

Hinsicht (Finanz- und Steuerpolitik sowie Arbeit- und Sozialpolitik) positionieren sich die Parteien im Wahlkampf mit kontroversen Politikangeboten. Die Konflikte verlaufen nach wie vor primär zwischen dem sogenannten „bürgerlichen“ und dem „linken“ Lager, wobei die programmatische Homogenität im Letzteren stärker ausgeprägt ist.

#### **4 Literaturverzeichnis**

Arzheimer, Kai/Schmitt, Annette (2005): Der ökonomische Ansatz, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, S. 243-303.

Attelander, Peter (2006): Methoden der empirischen Sozialforschung, 11. Auflage, Berlin.

Bender, Marvin (2010): Programmatik unter Schwestern – Parteiprogramme der Unionsparteien im Superwahljahr 2009, Duisburg (unveröffentlichte Diplom-Arbeit).

Bender, Marvin/Bianchi, Matthias/Hohl, Karina/Jüschke, Andreas/Schoofs, Jan/Treibel, Jan (2012): Der Duisburger NRW-Wahl-Index (DWI) 2012, in: Regierungsforschung.de vom 15.05.2012, abrufbar unter: <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=154> (Stand: 06.09.2013).

Bender, Marvin/Bianchi, Matthias/Jüschke, Andreas/Treibel, Jan (2010): Der Duisburger NRW-Wahl-Index. Policy-Positionen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke vor der Landtagswahl 2010 im Vergleich, in: Regierungsforschung.de vom 13.09.2010, abrufbar unter: <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=32> (Stand: 06.09.2013).

Bender, Marvin/Bianchi, Matthias/Jüschke, Andreas/Treibel, Jan (2011a): Der Duisburger Wahl Index (DWI) – Policy-Positionen von Parteiprogrammen im zweidimensionalen Raum, Duisburg (unveröffentlichtes Manuskript).

Bender, Marvin/Bianchi, Matthias/Jüschke, Andreas/Treibel, Jan (2011b): Duisburger Wahl Index (DWI) 2011, in: Regierungsforschung.de vom 26.03.2011, abrufbar unter: <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=107> (Stand: 06.09.2013).

Bender, Steffen (2012): Die Piratenpartei: Ein Update der Grünen? Eine vergleichende Analyse der Programmatik zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2011, Duisburg (unveröffentlichte Bachelor-Arbeit).

Benoit, Kenneth/Laver, Michael (2006): Party Policy in Modern Democracies, London.

Bianchi, Matthias/Bender, Steffen/Hohl, Karina/Jüschke, Andreas/Schoofs, Jan/Steitz, Susanne/Treibel, Jan (2013): Der Duisburger-Wahl-Index (DWI) zur Bundestagswahl 2013. Policy-Positionen von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP, Linke und Piraten zur Bundestagswahl 2013 im Vergleich, in: Regierungsforschung.de vom 11.09.2013, abrufbar

- unter: <http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=236&show=&by=>  
(Stand: 13.12.2013).
- Blätte, Andreas (2013): PolMine-Wahlprogrammkorpus (Version vom 9. August 2013). Dokumentation, abrufbar unter: [http://polmine.sowi.uni-due.de/cwb/doc/pm\\_manifestos\\_doc\\_09082013.pdf](http://polmine.sowi.uni-due.de/cwb/doc/pm_manifestos_doc_09082013.pdf) (Stand 11.08.2013).
- Budge, Ian (2001): Theory and Measurement of Party Policy Positions, in: Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (Hrsg.): Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, Oxford, S. 75-90.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (Hrsg.) (2001): Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, Oxford.
- Castles, Francis M./Mair, Peter (1984): Left-Right Political Scales: Some 'Expert' Judgements, in: European Journal of Political Research 12 (1), S. 73-88.
- Debus, Marc (2009): Analysing Party Politics in Germany with New Approaches for Estimating Policy Preferences of Political Actors, in: German Politics 18 (3), S. 281-300.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen.
- Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, 6. Auflage, Konstanz.
- Hohl, Karina (2011): „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm?“ Die bildungs- und integrationspolitischen Positionen von Parteien und Fraktionen in Nordrhein-Westfalen, Duisburg (unveröffentlichte Master-Arbeit).
- Huber, John/Inglehart, Ronald (1995): Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies, in: Party Politics 1 (1), S. 73-111.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt am Main.
- Jüschke, Andreas (2009): Programmatik unter Kleinen. Die Grundsatz- und Wahlprogramme von Bündnis90/Die Grünen und FDP im Superwahljahr 2009, Duisburg (unveröffentlichte Diplom-Arbeit).
- Korte, Karl-Rudolf (2010): Die Bundestagswahl 2009 – Konturen des Neuen. Problemstellungen der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung, in: Korte, Karl-

- Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 9-32.
- Laver, Michael/Benoit, Kenneth/Garry, John (2003): Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: *American Political Science Review* 97 (2), S. 311-331.
- Laver, Michael/Garry, John (2000): Estimating Policy Positions from Political Texts, in: *American Journal of Political Science* 44 (3), S. 619-634.
- Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York, S. 1-64.
- Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Baden-Baden, S. 77-95.
- Niedermayer, Oskar (2013): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 111-132.
- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu (2007): *Wahl- und Wählerforschung*, Baden-Baden.
- Petrocik, John R. (1996): Issue Ownership in Presidential Elections with a 1980 Case Study, in: *American Journal of Political Science* 40 (3), S. 825-850.
- Prantl, Heribert (2013): Große Flaute, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 19.08.2013, S. 4.
- Robertson, David (1976): *A Theory of Party Competition*, London.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2007): Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London 1967, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden, S. 251-255.
- Schoofs, Jan (2011): Die vertikale schulprogrammatische Integration der Christlich Demokratischen Union im deutschen Bundesstaat: Einheit in Vielfalt? Konvergenzen und Divergenzen der schulpolitischen Positionen von Bundespartei und ausgewählten Landesverbänden, Duisburg (unveröffentlichte Master-Arbeit).
- Schoofs, Jan/Treibel, Jan (2014): Depolarisierung und Multioptionalität? Wettbewerbsstrategien der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 im Vergleich, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden (i.E.).
- Slapin Jonathan B./Proksch, Sven-Oliver (2008): A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts, in: *American Journal of Political Science* 52 (3), S. 705-722.

- Steitz, Susanne (2012): Die SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag. Die programmatische Verortung der NRW SPD und Bündnis 90/Die Grünen NRW bei der Landtagswahl 2012 – eine Analyse der Wahlprogramme und des rot-grünen Koalitionsvertrages, Duisburg (unveröffentlichte Bachelor-Arbeit).
- Stokes, Donald E. (1963): Spatial Models of Party Competition, in: American Political Science Review 57 (2), S. 368-377.
- Treibel, Jan (2010): Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 89-116.
- Vasallo, Francesca/Wilcox, Clyde (2009): Parties as a Carrier of Ideas, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): Handbook of Party Politics, 2. Auflage, London, S. 413-421.
- Volkens, Andrea (2001): Manifesto Research since 1979, in: Laver, Michael (Hrsg.): Estimating Policy Positions of Political Actors, London/New York, S. 33-49.

## 5 Anhang

**Tabelle 1: Codierplan für die sozio-ökonomische Konfliktlinie**

Issuetyyp	Issue
PI	tariflicher Mindestlohn (+1) vs. gesetzlicher Mindestlohn (-1)
PI	Leiharbeit beibehalten (+1) vs. Leiharbeit abschaffen (-1)
PI	keine gesetzliche Frauenquote (+1) vs. gesetzliche Frauenquote (-1)
PI	keine Erhöhung der Erbschaftssteuer (+1) vs. Erhöhung der Erbschaftssteuer (-1)
PI	Solidaritätszuschlag auslaufen lassen (+1) vs. Solidaritätszuschlag verlängern (-1)
PI	keine Wiedereinführung Vermögenssteuer (+1) vs. Wiedereinführung Vermögenssteuer (-1)
PI	Beibehaltung der Hartz IV-Regelsätze (+1) vs. Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze (-1)
PI	Öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschränken (+1) vs. Öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken (-1)
PI	Breitbandausbau als private Aufgabe (+1) vs. Breitbandausbau als staatliche Aufgabe (-1)
PI	keine Mietpreisregulierung (+1) vs. Mietpreisregulierung (-1)
PI	keine Mindestrente (+1) vs. Mindestrente (-1)
PI	keine Bürgerversicherung (+1) vs. Bürgerversicherung (-1)
PI	Studiengebühren einführen (+1) vs. Studiengebühren nicht einführen (-1)
PI	Rente mit 67 beibehalten (+1) vs. Renteneintrittsalter senken (-1)
PI	keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige (+1) vs. Rentenversicherungspflicht für Selbstständige (-1)
PI	keine gesetzliche Rentenangleichung Ost-West (+1) vs. gesetzliche Rentenangleichung Ost-West (-1)
PI	keine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern (+1) vs. gesetzliche Begrenzung von Managergehältern (-1)
PI	keine Vermögensabgabe (+1) vs. Vermögensabgabe (-1)
PI	Schuldenbremse im GG (+1) vs. keine Schuldenbremse im GG (-1)

PI	Ausnahmen von EEG-Umlage für Wirtschaft (+1) vs. keine Ausnahmen von EEG-Umlage für Wirtschaft (-1)
VI	Arbeitsplätze (-1)
VI	Soziales (-1)
VI	Marktwirtschaft (+1)
VI	Wettbewerb (+1)

**Tabelle 2: Codierplan für die sozio-kulturelle Konfliktlinie**

Issuetyyp	Issue
PI	differenziertes Schulsystem (+1) vs. nicht-differenziertes Schulsystem (-1)
PI	kein Tempolimit auf Autobahnen (+1) vs. Tempolimit auf Autobahnen (-1)
PI	Fracking unter Umständen zulassen (+1) vs. Fracking generell verbieten (-1)
PI	Ehegattensplitting beibehalten (+1) vs. Ehegattensplitting abschaffen oder reformieren (-1)
PI	Betreuungsgeld (+1) vs. kein Betreuungsgeld (-1)
PI	keine doppelte Staatsbürgerschaft (+1) vs. doppelte Staatsbürgerschaft (-1)
PI	keine Verschärfung des Waffenrechts (+1) vs. Verschärfung des Waffenrechts (-1)
PI	Beibehaltung Verfassungsschutz (+1) vs. Auflösung Verfassungsschutz (-1)
PI	kein allgemeines kommunales Ausländerwahlrecht (+1) vs. allgemeines kommunales Ausländerwahlrecht (-1)
PI	anlasslose Vorratsdatenspeicherung (+1) vs. keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung (-1)
PI	Videoüberwachung (+1) vs. keine Videoüberwachung (-1)
PI	kein EU-Beitritt der Türkei (+1) vs. EU-Beitritt Türkei (-1)
PI	Festhalten an Kohlekraft (+1) vs. Ausstieg aus Kohlekraft (-1)
PI	Auslandseinsätze Bundeswehr (+1) vs. Keine Auslandseinsätze Bundeswehr (-1)
VI	Weiterbildung (-1)
VI	Inklusion (-1)
VI	Energiewende (-1)
VI	Gleichgeschlechtlich (-1)
VI	Partizipation / Beteiligung / Teilhabe / Mitbestimmung / Mitwirkung (-1)
VI	Transparenz (-1)
VI	Sicherheit (+1)
VI	Datenschutz (-1)
VI	Netzneutralität (-1)